



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/89

Hannover, 28. Juli 1948

Die Tito-Krise der SED

-----  
Von Willy Brandt, Berlin

Nachdem das russische Politbüro und das Kominform ihren Bannstrahl gegen Tito geschleudert hatten, mussten sämtliche Zentralkomitees von ihren Belgrader Genossen abrücken. Die SED/KPD durfte in diesem Reigen nicht fehlen. Unmittelbar nach dem Ausbruch der Tito-Affäre sollte die SED zu einer "Partei neuen Typus" auf dem "festen Boden des Marxismus-Leninismus" gemacht werden. Die Mitglieder wurden verpflichtet, sich ohne jeden Vorbehalt für die Politik der Sowjetunion einzusetzen und den Kampf "gegen die Schumacher-Agenten mit rücksichtsloser Schärfe zu führen."

Einige Tage zuvor war dem von seiner Balkanreise zurückgekehrten Grotewohl auf einer als erweiterte Vorstandssitzung getarnten ausserordentlichen Parteitag die Aufgabe zuteil geworden, zur endgültigen Bolschewisierung der Einheitspartei aufzurufen. So etwas geht nicht, ohne schwerwiegende Fehler zu bekennen. Und so bekannte er denn, den Einfluss der Sozialdemokratie in der Ostzone unterschätzt zu haben, womit er zugab, dass die SED in der Ostzone eine starke und treue Anhängerschaft besitzt. Grotewohl sprach dabei von seiner "Ehrenpflicht", diese sozialdemokratischen Einflüsse auszumerzen. Walter Ulbricht beklagte sich auf der gleichen Tagung darüber, durch die Zwangsvereinigung 1946 seien manche Mitglieder in die Einheitspartei gekommen, "die innerlich mit ihr nicht verbunden sind."

Worum geht es nun eigentlich bei der nochmaligen Gleichschaltung der SED, und was hat sie mit dem Konflikt zwischen dem Krenl und Tito zu tun? Es geht um die restlose Durchsetzung des bolschewistischen Parteiprinzips, um die Herstellung eines eindeutig militärischen Verhältnisses der Sektionen zum "internationalen Generalstab". Dadurch soll die bedingungslose Ergebenheit der Hilfstuppen sichergestellt und jede Möglichkeit ausgeschaltet werden, dass sich wie in Jugoslawien auch nur halbwegs unabhängige Machtzentren bilden könnten.

In Ausführung des vom Kominform erteilten Säuberungsbefehls sind in den Bezirken der Ostzone bereits besondere Kader geschaffen worden, die alle Parteieinheiten durchzukämmen haben. Neben den Sozialdemokraten sollen auch jene oppositionellen Kommunisten ausgespürt werden, die sich noch an den Ursprung ihrer Bewegung erinnern, also etwa jene, die als "Luxemburgisten", "Brandleristen" oder "Trotzkisten" abgestempelt werden. Jede Einheit des SPD-Apparates steht nun vor der Aufgabe, im Interesse ihrer Selbstbehauptung Ketzler zu opfern. Das führt zu neuer inquisitorischer Schnüffelerei, zu Hexenprozessen, Verhaftungen, Deportationen.

Ein Beispiel: Das Zentralorgan der SED veröffentlicht Beschlüsse der Parteio rganisation Bautzen. Darin wird zwei Rechtsanwälten vorgeworfen, dass sie entgegen jedem antifaschistischen (volksdemokratischen) Empfinden "Nazisten vor Gericht verteidigten oder verteidigen wollten". Einer der Beschuldigten wird ausserdem nachgesagt, dass er versucht habe, unmarxistische Auffassungen in die Reihen der Partei hineinzutragen und dass er "seiner Haltung und seiner ökonomischen Lage nach als klassen- und parteifremdes Element zu bezeichnen" sei. Ein hoher Justizbesitzer kam mit einer glimpflichen Ausschlussbegründung weg. Er hatte "weder Parteiarbeit, noch seinen Schulungsbeitrag" geleistet. Ein anderes Mitglied hatte angeblich versucht, "Schumachertendenzen in der Partei zu verbreiten."

Das Zentralsekretariat der SED hat eine besondere Instruktionsschrift herausgegeben, an der sich alle Parteieinheiten ausrichten und durch die sie zum "Kampf gegen die Schumacher-Elemente und gegen das Versöhnertum diesen gegenüber" mobilisiert werden sollen.

Zum entscheidenden Kriterium wird mit einer gewissen Logik die Haltung jedes Mitglieds der SED-KPD zur russischen Politik erhoben. Hier, so heisst es, liege die Scheidelinie "zwischen einem SED-Mitglied und einem Agenten des amerikanischen Imperialismus". Das Verhalten der KP Jugoslawiens zeige, dass der Partei durch eine feindselige Haltung gegenüber der Sowjetunion und durch Abweichen von den Lehren des Marxismus-Leninismus "die Grundlage und die Orientierung" entzogen würde. Das trifft in der Tat zu für eine Partei, die sich an den Interessen nicht ihres eigenen Volkes, sondern Russlands - so wie sie vom Politbüro verstanden werden - orientiert.

In der erwähnten Instruktionsschrift wird ferner festgestellt, dass die als "klassenfeindlich" bezeichneten Argumente der Sozialdemokratie bei "unentwickelten und unerfahrenen" Parteimitgliedern leicht Verwirrung anrichten können. Es fehlt auch nicht das bekannte Register der Spionage- und Sabotagebeschuldigungen. Der SPD-Führung in Hannover und Berlin wird vorgeworfen, sie entsende "Agenten" in die russische Zone, die sich in Verwaltungen, Massenorganisationen und in der Einheitspartei selbst eingenistet hätten. "Sie sabotieren die Produktion, verursachen Störungen im Transportwesen und hintertreiben die Durchführung der gefassten Beschlüsse."

Ohne Schadenfreude ist heute festzustellen, dass jene, die bei der erpressten Vereinigung A gesagt haben, nunmehr das ganze bolschewistische Alphabet durchbuchstabieren müssen. Und dennoch wird es

den meisten der ehemaligen Sozialdemokraten nicht mehr nützen können, als dass sie sich vielleicht ihrer Verhaftung entziehen. Von der ursprünglich festgelegten Parität bei der Besetzung von Funktionen ist keine Rede mehr. Die "Schaffung eines ideologisch festen, disziplinierten Funktionärskörpers" bedeutet, dass die geeichteten Apparatleute von der eindeutigen Vorkherrschaft zur Alleinherrschaft schreiten.

Den Sozialdemokraten der Ostzone stehen neue Verfolgungen bevor. Sie wissen aber, dass die "Säuberung" ein weiterer Schritt auf dem Wege der Zersetzung und schliesslichen Überwindung der SED sein wird. Sollte es nicht aber auch noch mindestens einige hundert alte Kommunisten in Deutschland geben, die angesichts der Tito-Krise erkennen, dass sie einer Illusion nachgejagt haben? Sie haben trotz mancher Bedenken auf eine gewisse Eigenständigkeit gehofft, sobald die ursprüngliche Isolierung der Sowjetunion durchbrochen sein würde. Das jugoslawische Beispiel und seine Rückwirkungen in Deutschland müssten sie eines anderen belehren. Es wäre besser, eine solche Erkenntnis käme spät als zu spät.

- - - - -  
Drei Jahre Labour-Regierung

von Morgan Phillips,  
Generalsekretär der Labour Party

Es ist eine Tatsache, dass die erste englische Mehrheits-Labour Regierung trotz aller erdenklichen Widerwärtigkeiten in den verflochtenen drei Jahren das grosse soziale und wirtschaftliche Programm durchgeführt hat, das beim Wahlkampf 1945 unter dem Schlagwort "Lasst uns in die Zukunft blicken" figurierte.

Wer ausser den eingefleischtesten Sozialisten hätte 1945 vorherzusagen gewagt, dass wir im Juli 1948 mit Erfolg unsere gewaltige Kriegsindustrie friedlichen Zwecken zugeführt haben würden und dass es uns ausserdem gelungen sein würde, drei Grundindustrien und die Bank von England zu verstaatlichen? Von der Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie abgesehen, die auf der nächsten Parlamentsitzung zur Sprache kommen wird, ist das gesamte industrielle Programm der Regierung nunmehr verwirklicht worden. Was noch zu tun übrig bleibt, ist die Vervollkommenung seiner Verwaltung. Man darf nicht ausser acht lassen, dass das, was jetzt in England geschieht, ein grosses soziales Experiment darstellt. Bisher haben die gemachten Irrtümer und Fehlkalkulationen in unserer nationalisierten Industrien stärkste öffentliche Beachtung gefunden - die Erfolge sind von der Presse lange nicht so eingehend gewürdigt worden. Die Minister behaupten nicht, Fehlerfrei gehandelt zu haben. Sie verlangen aber Anerkennung des Verdienstes, dass zum ersten Mal in der britischen Geschichte ein vollständiger, genau festgelegter Plan in die Tat umgesetzt wurde, der dem englischen Volk die Chance zu grösserer Gerechtigkeit, grösserem Glück und grösserem Fortschritt bietet, als je zuvor.

Ein anderer Meilenstein ist die grosse soziale Gesetzgebung, deren Inkrafttreten wir eben gefeiert haben. Sie wandelt bei jedem englischen Bürger die quälende Angst um die Zukunft in das Gefühl des Vertrauens auf einen einigermaßen anständigen Lebensstandard und auf die Versorgung seiner Familie und seiner Untergebenen um. Dann wurde das Städte- und Land-Planungs-Gesetz geschaffen, das den örtlichen Behörden das Recht einräumt, Land zu enteignen, wenn sie es benötigen. Damit komme ich zum Hausbau. Die Regierung wird mit dem auf diesem Gebiet bis heute erzielten Fortschritt so lange nicht zufrieden sein, als noch eine Familie auf der Suche nach einem anständigen Heim ist. Aber die Tatsache, dass jetzt zehn- bis fünfzehnmal mehr Häuser gebaut werden als unter der Tory-Regierung nach dem ersten Weltkrieg, setzt die ganze Angelegenheit ins richtige Verhältnis. Bisher haben wir seit 1945 450.000 Häuser gebaut, das unmittelbare Ziel sind 750.000. Wir werden es erreichen und werden dann weiter bauen und mit den Slums aufräumen. Bis dahin wird das neue Städte-Gesetz in Kraft getreten sein. Es sieht die Bildung von neuen Städten vor - Städten, die modern ihrer Umgebung angepasst, anziehend und mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet sind. Die Weltwirtschaftskrise hat die Verwirklichung des ursprünglichen Planes etwas verzögert, aber zwei unserer neuen Städte, Peterlee und Aycliffe, besitzen höchstes Prioritätsrecht und werden bald in Angriff genommen werden.

Und nun zur Ernährung. Haben wir hier erfolgreich gearbeitet? Man braucht nur Sir John Boyd Orr's letzten Bericht lesen, um mit einem klaren "Ja" antworten zu können. Unsere Politik der "Gleichen Teile" sichert der arbeitenden Bevölkerung eine bessere Ernährung, als sie sie je zuvor gehabt hat - trotz der lauten Proteste jener Leute, die in ihrem ganzen Leben keine Not kannten und sie wahrscheinlich nie kennen werden. Die Kinder- und Müttersterblichkeit in England hat jetzt ihren niedrigsten Stand erreicht.

Alle diese Massnahmen dienen nicht allein dazu, England auf dem Wege zum demokratischen Sozialismus festen Fuss fassen zu lassen, sondern auch unseren wirtschaftlichen Wohlstand wieder zu erlangen, den wir geopfert haben, um den Krieg gegen den Nazismus zu gewinnen. Dabei stand unser Borthen während der letzten drei Jahre im Zeichen bitterster Rückschläge. 1947 mussten wir den härtesten Winter seit Menschengedenken durchmachen. Ihm folgten grosse Überschwemmungen und eine sommerliche Dürre, die unsere Hoffnungen auf eine gute Ernte zerstörte. Dies alles beschwor nicht nur für uns, sondern für ganz Europa ein Unglück herauf, das nur im letzten Augenblick durch ein Hilfsangebot aus Amerika abgewendet werden konnte. Diese Intervention veränderte über Nacht das Bild Europas und machte erstmalig die praktische Verwirklichung einer Westlichen Union möglich. England trat dieser Union der Demokratien in der guten Hoffnung bei, dass sie die Rehabilitierung und wirtschaftliche Einheit Europas herstellen wird.

Zusammenfassend kann man, so glaube ich, wohl folgendes behaupten: die Labour-Regierung hat in den vergangenen drei Jahren bewiesen, dass sie klug zu regieren vernag, dass sie die Sicherheit für unser Volk schaffen, seine Gesundheit behüten, seine Arbeitsplätze garantieren, die Dinge, die zum Leben notwendig sind, gerechter als jede andere vorangegangene verteilen und schliesslich den Grundstein für eine sozialistische Lebensweise legen kann, die jedem von uns eine glücklichere und würdigere Existenz sichert. (A98)

### Die kommende PV-Sitzung

---

sp. Die Verhandlungen über die Durchführung der Londoner Abmachungen sind der erste Punkt der umfangreichen Tagesordnung für die Vorstandssitzung der SPD am 2. und 3. August in Springe bei Hannover. Dabei wird man sich vor allem mit der Vorarbeit für die Bildung des parlamentarischen Rates, mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für das Grundgesetz und mit der Frage der Neugestaltung der Ländergrenzen zu befassen haben. Zu dem ganzen Fragenkomplex der westdeutschen Neuordnung vertritt man an massgebender sozialdemokratischer Stelle die Ansicht, dass das schliessliche Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Militärgouverneuren und deutschen Stellen zu einem durchaus zufriedenstellenden Kompromiss geführt hat.

Darstellungen, die Überraschung wegen eines angeblichen schnellen und gründlichen deutschen Positionswechsels erkennen lassen, entsprechen nicht der Wahrheit, besonders dann nicht, wenn sie von der Behauptung ausgehen, die Koblenzer Beschlüsse seien eine Ablehnung der Londoner Beschlüsse gewesen, während die spätere Stellungnahme eine Zustimmung enthalten habe. Auch in Koblenz war seinerzeit in erster Linie eine Beschleunigung des in London ausgearbeiteten Verfahrensmodus angestrebt worden und man hatte besonders nachdrücklich eine Unterstreichung des provisorischen Charakters des geplanten westdeutschen Statuts gewünscht. Dem ist weitgehend Rechnung getragen worden. Die endgültige Klärung darüber, ob ein Volksentscheid stattfindet und ob oder wie Berlin in diese Neuordnung mit hineinzunehmen wäre, kann erst durch die alliierten Regierungen selbst erfolgen.

In Springe wird man sich ausserdem darüber klar werden müssen, dass der sogenannte Koordinierungsausschuss, d.h. die Vertreter aller sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, möglichst noch in der nächsten Woche zusammentritt, um über die personelle Zusammensetzung des parlamentarischen Rates, soweit die SPD in Frage kommt, zu beraten. Zum Grundgesetz liegt ein persönlicher Entwurf des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Walter Menzel, vor, der Gegenstand eingehender Beratungen im Verfassungspolitischen Ausschuss der Partei sein wird. Insgesamt dürften die Beratungen des Grundgesetzes, die im parlamentarischen Rat selbst zu führen sind, mindestens sechs bis acht Wochen beanspruchen. Sie werden vor allem der Klärung der Frage zu dienen haben, in welcher Verhältnis föderalistische und zentralistische Elemente zueinander stehen sollen.

Weitere Punkte der Beratungen im Parteivorstand werden unter anderem die Lage in Berlin, die Wirtschafts- und Preispolitik des Amtes für Wirtschaft und die Gründung eines zentralen Parteiverlages sein. (m/1/287/1/he)

### Ein Wink an Polen

sp. "In der offiziellen Einstellung der USA zur Frage der polnischen Westgrenzen wird aus taktischen Gründen heraus ein Wechsel eintreten", heisst es in einer Information der meist recht gut unterrichteten amerikanischen Wochenschrift "Newsweek". Während bisherige Erklärungen der USA betonten, dass die Grenze solange in der Schwebe hänge, bis eine endgültige Regelung durch den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland erfolge, werde jetzt der Nachdruck wahrscheinlich darauf gelegt werden, den Polen klar zu machen, dass die Westgrenzen ihres Staates umso früher fest und beständig werde, je eher die Sowjetunion die Sabotage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland einstelle, der für alle tragbar sei.

Soweit "Newsweek". Der Inhalt dieser Meldung würde gut in die gegenwärtige "Vor-München"-Stimmung passen, in der Sache ist, nach unserer Auffassung, zwischen der früheren und angeblichen jetzigen amerikanischen Einstellung kein grundsätzlicher Unterschied festzustellen. Bedenklich erscheint nur bei der skizzierten neuen Taktik, dass schon deutlicher als bisher von der Möglichkeit einer Anerkennung des polnischen Anspruches gesprochen wird, auch wenn nicht ausdrücklich gesagt ist, dass es sich bei dem festzusetzenden polnischen Westgrenzen um die gegenwärtige Verwaltungsgrenze handele.

### KP stark rückläufig

sp. Der Mitgliederbestand der KP im Kreise Wolfenbüttel bei Braunschweig ist in der letzten Zeit von 1.300 auf 621 zurückgegangen. Ab sofort wird nur noch ein Kreisgeschäftsführer hauptamtlich beschäftigt. Der sog. Politische Leiter, der ebenfalls bis jetzt dort angestellt war, hat sich erwerblos gemeldet. Die gleichen Sparmassnahmen sollen jetzt übrigen im gesamten Bezirk Braunschweig durchgeführt werden, wo die Entwicklungstendenz die gleiche ist. (Bl/287/40)

### Notgemeinschaft für Studenten

sp. Am 8. August wird voraussichtlich in Frankfurt/M. eine Hilfgemeinschaft für notleidende Studenten gegründet werden. Zu dieser Sitzung sind Vertreter der grossen Parteien, der Gewerkschaften und die Interdanten der westlichen Sender eingeladen worden. Die Gründung dieser Hilfgemeinschaft ist vom Rundfunksekretariat und der Kulturpolitischen Zentrale der SPD vorgeschlagen worden. Der wesentliche Zweck ist, für Studenten, die nach der Währungsreform in besondere Not geraten sind, ramhafte Beiträge zur Verfügung zu stellen, wie das kürzlich bereits durch den NWDR geschah.

Gäste in Düsseldorf: Der Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, Koos Vorrinck, wird als Gast und offizieller Delegierter am Parteitag der SPD in Düsseldorf teilnehmen. Unter den Delegierten befindet sich auch die Witwe des engsten Mitarbeiters von Carlo Mierender Ludwig Schwamb. Elisabeth Schwamb ist in der sozialdemokratischen Frauenbewegung von Rheinland-Pfalz aktiv tätig.

Verantwortlich: Peter Raunau